



genannten an es ist nur schade, daß die sozialpolitischen  
Taten des Zentrumsgemeinlich ist nicht den hochstehenden  
Worten seiner sozialpolitischen Kommissarien entsprechen.  
Das hat auch Genelle B. u. r. in bezug, der nach Herrn Zernin  
den das Wort ergreift und seine große sozialpolitische Rede  
vom Montag durch wertvolle Ausführungen über das Gend  
ergänzte, in welchen die Arbeiter in den Wirtschaften der  
millionenreichen chemischen Industrie schmachten. Lieberge-  
wiesenes unser Wehner nach, wie notwendig die Einführung  
des sanitären Marinarbeitsgesetzes in den chemischen Betrieben  
ist, die von einer unklaren Resolutionen demüht wird. Nach  
Dürren sprach der weisheitsvolle treffliche Vize, der eine Reso-  
lution auf Vertretung der Handwerker und Jünglinge des  
Bauwesens einbrachte. Im ähnlichen Sinne sprach der  
schweizerische Demokrat G. o. z. Der Minister hat in un-  
sicherheit nicht ganz so mittelmäßig verhandelt zu sein, wie die  
Wählergegenden von der Braunfraktion; er will in der Er-  
öffnung des Bauwesens nicht so weit gehen, wie das  
Zentrum. Eine recht verständliche sozialpolitische Rede hielt  
der Dölpfner der Freiwirtschaftlichen Vereinigung Herr v. Gerlach; er  
verlangte Ausdehnung der Strafenverurteilung auf die Land-  
arbeiter und geistliche Maßregeln zum Schutze der Hotel-  
besitzer, die unter anderen traurigsten Wohnungsverhältnissen  
und Arbeitsbedingungen leben. Die akzeptable Forderung des sonst  
zünftigerweise verbotenen Antikamienstrafes, die Altersversicherung  
von 60 Jahren beginnen zu lassen, tief des Paratens  
Gang zu erklären. Der Minister hat den Schluß der Sitzung  
festsetzte der Zentrumsgemeinlich von Strömung, seine mit  
meinen Redaktionsgenossen Erbringer gründlich ab und erklärte  
sich mit dankenswerter Eingebundenheit gegen neue Schikanen  
der armen Bauarbeiter. Am Donnerstag ist Fortsetzung.

### Im Abgeordnetenhaus

Werde gestern die Beratung des Kultusgesetzes fortgesetzt. Die  
Kapitel „Elementarunterricht“ und „Kunst- und Unterricht gemein-  
sam“ wurden ohne wesentliche Debatte erledigt. Eine lebhaft  
Debatte setzte erst bei der Beratung des Kapitels „Universitäten“  
ein. Es ist hinsichtlich der preussischen Universitäten, daß  
in der ganzen Generaldebatte über dieses wichtige Kon-  
takt nicht weiter verhandelt wurde, als die „Jälle“ zweier  
Professoren, die bei den Schachmachern der Reichsparteien im  
Verlauf allzu großer Arbeiterfreundlichkeit stehen und ihnen  
bedenklich ein Dorn im Auge sind. Der eine „Jälle“ bezog sich  
auf Herrn v. W. in Hamburg, der andere auf Herrn v. W. in  
freiständlicher Bergarbeiter. Herr v. W. in „Jälle“ dem die  
Bode schon in der Budgetkommission zur Sprache gebracht  
hatte, war auch im Plenum der Führer der Schachmacher.  
Aber die Vorbeere, die er sich beim Feldzug gegen Herrn  
v. W. in der Kommission geholt hatte, liegen ihm nach  
weiteren Werten gehen. Die „junge Richtung“ der Professoren  
wagt ihm nicht und wempele er, ohne den Namen zu nennen,  
den bekannten Professor Conrad in Halle an, der an der  
Spitze eines gemeinnützigen Vereins steht, der unter Weisheit  
häßlicher Mittel eine Volks-Bereiche begründen will, in der  
Seitungen aller politischen Richtungen als auch sozialdemo-  
kratische ausliegen sollen. Er möchte schließlich nach einem Vor-  
gange aller in der Kommission, die demnächst die Beratung  
der liberalen Parteien mit den Sozialdemokraten bei der letzten  
Landtagswahl im Interesse der Bekämpfung der bildungs-  
feindlichen und mörderischen Reaktion gedacht haben. Bekannt-  
lich ist der Gedanke gar nicht zur Ausführung gelangt, aber  
dass Professoren diesen verdächtigen Anschlag nur planen  
konnten, das ist für die Zukunft zu erwarten. Die Vor-  
rede gegen die Universitätslehrer ist durch zu modern. Herr v. W.  
ließ die kontroversen Wortführer in beiden Fällen abbluten.  
Er erklärte, daß es ihm im höchsten Fall um eine formale  
Angelegenheit und um die private Tätigkeit eines hochachtbaren  
Professors handelte, und daß auch in einem solchen Falle  
gegen Herrn v. W. in Hamburg nicht vorzugehen sei, sondern  
Kursus zu gunsten der freiständlichen Bergarbeiter nur einen Teil  
der Mittelgüter und Dienstfreundlichkeit bezuglich haben.  
Auf die Wahlgedanken der Berliner Professoren ging er gar  
nicht ein. Aber er machte doch eine Verbeugung vor der  
Reaktion, indem er für verhängnisvoll, daß er immer dabei sein  
würde, den Sozialdemokraten entgegenzuwirken, und dabei auf  
seine Tätigkeit im Falle Kronen, seine Stellung im Berliner  
Schachklub und das Verbot der Verlesung von häßlichen  
Turnhallen an sozialdemokratische Turnvereine als leuchtende  
Beispiele für seine antiautokratische Personensinnung hin-  
weisen. Da sehr wichtiger Teil nahm der freiständige „Jälle“  
Gänge zu dieser Angelegenheit Stellung. Er erklärte, daß  
das Verhalten des Herrn v. W. in Hamburg nach der materiellen  
wie nach der prinzipiellen Seite hin warm und wie es weit  
von sich, im ursprünglichen Abgeordnetenhaus, wo seine Sozial-  
demokraten sitzen, Angriffe gegen diese Partei zu erheben.  
Die Entscheidung über es es ab, die ungenügende Zeit für  
Sammlung gegen die Sozialdemokratie mitzunutzen. Da er  
in dieser Beziehung die Mehrheit der freiständigen Volkspartei  
hinter sich hatte, ist freilich um so zweifelhafter, als dieser Ab-  
geordnete ja auch in anderen Fragen von den Anhängern der frei-  
ständlichen Parteipolitik Unterstützung abweist. Das er doch er-  
streckt in Sachen der Bildung der Handelskammer, die  
Angriffe der Sozialdemokraten auf die freie Meinungsäußerung in  
die Spalten des Organes der freiständigen Vereinigung, in die  
liberale Korrespondenz fließen müssen. Auch der freiständige  
Abgeordnete Notizen noch die Bekämpfung der Sozial-  
demokraten mit Rücksicht auf den Staat und sollte das damit  
in Beziehung zu dem Abg. v. Jellisch, der solche Vermutungen  
als Überdramatisierung empfunden hatte. Herr v. W. in Hamburg  
wurde vom Abg. v. Jellisch mit größter Verständnis Ver-  
sicherung behandelt und ganz im Sinne der Schachmacher sprach  
der nationalliberale Abg. Schmedding gegen ihn. Das  
Herr Schmedding nicht für die Nationalliberalen als Partei  
gesprochen, sollte dann Herr Dr. Friedberg in einer überlieferten  
Reise sein. Herr Friedberg nahm keine Kollegen und ihr Ver-  
halten im Wahlkampf in Schw. er wies auf das jüngst vom  
Professor Schmöller enthaltene Zitat, daß die Sozialdemokraten  
bürgerlicheren von Logau mit den Sozialdemokraten hin und  
hatte die Vacher auf seiner Seite. Nach 4 Uhr wurde die  
Generaldebatte geschlossen und die weiteren Verhandlungen auf  
abende 9 1/2 Uhr vertagt.

### Die Budgetkommission des Reichstages

setzte gestern die Beratung der Militärproklage fort. In der  
Diskussion hat Abg. Korfert behauptet, daß der Kriegsmi-  
nister wenig Gesinnung mit seinen Kavallerieforderungen finden  
würde, wenn nicht an anderen Stellen, z. B. bei den  
Rändern, gekürzt werde. Jedes Jahr ein großes Kaiser-  
männchen abzugeben ist nicht nötig, vielmehr nachteilig für  
die Ausbildung der Truppen. Demgegenüber wies der Kriegs-  
minister auf den „hohen Wert“ und die „dringende Notwendig-  
keit“ großer Körpermänner hin. In anderen Ländern würden  
dieselben in noch höherem Maße veranlagt. Schachleiter  
Stengel verbreitete sich bald über die Finanzlage. Schachleiter  
Stengel würde der neue Zolltarif einen Mehrertrag von 50 bis  
60 Millionen bringen, indem es tief trocken eine Finanz- und  
Steuerreform nötig. Die Vorarbeiten hierzu würden in naher  
Zeit zum Abschluß gebracht werden; vor dem Herbst werde  
jedoch eine neue Steuerreform nicht vorzulegen werden können.  
Die Beschlüsse werden sich gegen Braunfraktion und Braun-  
paraden. Weiter interessierte er den Kriegsmi-  
nister über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie.

**Mit Volkshampfen des Brotwuchers**  
legt die deutsche Reichsregierung. Der Vertrag mit Rußland  
ist ratifiziert; die Verträge mit Oesterreich-Ungarn und Rumänien  
sind zum 1. April 1906 gekündigt; die Veröffentlichung  
einer kaiserlichen Verordnung, durch die der Randorff-Latz  
zum 1. März 1906 in Kraft gesetzt wird, sieht unmittelbar  
besorg.

Wenn also die neuen Verträge mit Oesterreich-Ungarn und  
Rumänien nicht bis zum 1. März 1906 von den dortigen  
Parlamenten genehmigt sind, oder nicht ihre Ratifikation über  
den Kopf der Volkvertreter durch die Regierungen jener  
Staaten erhalten, so gibt es Volkshampfen, und der unumgäh-  
liche Zolltarif mit seinem zum Teil bis zur Totalität gehehrten  
Zolltarif tritt in Kraft. Auf alle Fälle ist das Fortbestehen  
der alten Verträge über den 1. März 1906 hinaus als aus-  
geschlossen zu betrachten. Die Kera der „rettenen Lat“ nimmt  
mit diesem Tage unwiderruflich ihr Ende.

Die deutsche Regierung spielt ein hohes Spiel. Allerdings  
spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Regierungen,  
die ja für ihr Teil die neuen Verträge schon vorläufig unter-  
zeichnet haben, diese auf irgend eine Weise durchbringen werden.  
Was aber, wenn sie durch die Volkshampfen zum Zolltarif  
gebrängt werden? Dann tritt Deutschland in den Kampf ein  
mit einem Tarif, der in der Zolltarifkommission von Regierun-  
gsvertretern selbst in vielen Einzelheiten als bedenklich, wo nicht  
als unumgänglich bezeichnet worden ist, mit einem Tarif, der  
nach nationalliberalem Gehältnis nicht länger als sechs  
Wochen gelten kann, ohne eine Revolution zu entfesseln,  
mit einem Tarif, der deutschen Volkswirtschaft zehnmal mehr  
Schaden zufügen würde, als er ihn dem Zolltarifgegner zu-  
fügen kann.

Die deutschen Regierungen haben bisher im ganzen Zoll-  
handel zu denen gehört, von denen das Sprichwort sagt, daß  
sie Glück haben. Auf diese Hoffnung mag auch ihr letztes  
Unternehmen gegründet sein, das in das Gebäude des Brot-  
wuchers den Schlüssel legt.

### Eine Kolonialbestie

Ueber den in Hamburg mit einem oesterreichischen Dampfer  
angelandeten Farmer Karl Freitag, der wegen schändlicher Grau-  
samkeiten, begangen an Eingeborenen, zu zwölf Jahren Zucht-  
haus verurteilt worden ist, wird u. a. gemeldet. Er hat einen  
Schwanz an einem Baum gebunden und den Mann dann  
verhungen lassen. — Einem anderen Regler hat er eine  
Dynamitpatrone in den Mund gesteckt und diese dann zur  
Explosion gebracht, so daß der Kopf des Schwanzes in Stücke  
zerfallen wurde! — Der „Kulturträger“ nannte sich in  
Häuf. Geht, als er in Hamburg photographiert werden sollte,  
leitete er Überhand. Man nimmt an, daß man es mit einem  
schmerzlichen Verbrecher zu tun hat, der sich unter falschem Namen  
in der oesterreichischen Kolonie niedergelassen hat.

Nun haben wir doch auch ein ebenbürtiges Gegenstück zu  
den französischen Kolonialbestialitäten im Kongogebiet aufzu-  
weisen. Sogar bis auf die Methode stimmen die Kolonial-  
bestialitäten überein! Im kolonialen Wahnsinn liegt eben eine  
genügende Methode. Der Aufenthalt in Ländern, für die unsere  
Natur nicht geschaffen ist, macht die Menschen, namentlich wenn  
der Alkoholgenuss dazu kommt, verrückt. Streng genommen  
sind sie für ihre Feilität nicht einmal verantwortlich zu  
machen. Nur ein Mittel gibt es, den Verdrähteten möglichst  
vorzubeugen, nämlich die Ausstattung der Eingeborenen mit  
so viel persönlichen Rechten, daß sie eine weiche Seite un-  
schädlich machen können, wenn der Exzess der Lust erfolgt hat.

Die Petitionskommission des Reichstages überlies gestern  
eine Eingabe deutscher Glasbläser gegen das Verbot der  
Sonntagsarbeit in Glasbläsern der Regierung als Material.  
Es wurde dabei aber ausdrücklich erklärt, die Kommission wolle  
damit nach keiner Richtung ihr Eingebundenheit mit dem Beizum  
erklären. — Eine Petition für Vertiefung des Sonntags-  
dienstes auf des Ständesamern wurde zur Berücksichtigung  
überwiesen. — Eine Eingabe auf Zulassung der in Postdienst  
angestellten weiblichen Kräfte zum höheren Postdienst wurde für  
ungeeignet zur Förderung im Plenum erklärt.

Verhandelt wurde von der Wahlprüfungskommission des  
Reichstages das Mandat des Mitglieds Dr. v. Jaunze, eines  
nahen Verwandten des Inhabers einer großen keramischen  
Fabrik in Jajna bei Wittenberg.

Auch eine Reform. Das jämmerlichste aller Wahl-  
systeme, das preussische Landtagswahlrecht, soll endlich dahin  
reformiert werden, daß einige kleine Wahlkreise zusammen-  
gelegt werden und dafür einige der Wiesenwahlkreise einen Ab-  
geordneten mehr bekommen.

Ein Karer Mann. Nach der Dortmunder Ber. d. Hg. ist  
der Staatsanwalt Bruns von Dortmund nach Berlin verlegt  
worden. Bruns hat wiederholt die schwersten Strafen gegen  
unsere Redakteure beantragt, unter anderem gegen Köstlich ein-  
mal 1 Jahr Gefängnis und gegen Vredenberg 13 Monate Ge-  
fängnis. Man hatte immer den Eindruck, als wollte er mit  
seinen exorbitanten Strafanträgen die Aufmerksamkeit auf sich  
lenken. Anknirschend ist das gegliedert. Der Vorwärts fügt der  
Weldung hinzu: Bisher haben solche Karer Männer der  
Staatsanwaltschaft in Berlin nicht zum längsten regiert. Die  
Romen, Venedig und wie die Verren heißen, sind, und zwar  
nicht allein in der sozialdemokratischen Presse, so arg ge-  
schimpft worden, daß sie ihres Ehrens nicht besonders froh wurden.

Was alles telegraphiert wird. Aus Karlsruhe bringt  
unterm 1. März der offizielle Telegraph die weiterschütternde  
Runde, am Berliner Höhe habe das Fernbleiben des Prinz-  
regenten von Lippe bei der Einweihung des neuen Domes  
„einen günstigen Eindruck gemacht“. Die Welt determiniert sich  
um das Erdbeben oder Wegziehen eines Fährten bei der Dom-  
weihung verneint wenig; noch weniger wird sie berührt durch  
den „Eindruck“, den Rommer oder Wegziehen an einem  
Hofe macht. Da aber der Telegraph von einem günstigen  
Eindruck spricht, wird diese „Eindruck“ wohl ein sehr  
ungünstiger gewesen sein. Denn solche Depechen sind dazu  
da, die Wahrheit in ihr Gegenteil zu verkehren.

Theatergenie. In Berlin ist die Aufführung des pol-  
nischen Kulturhelden Golda polnisch verstanden worden. Das  
Stück ist vom Grafen Fredro geschrieben und sollte von pol-  
nischen Schauspielern im Englischen Garten aufgeführt werden.  
Der Gehob ist das Deutschum.

Säufige Ausländer. Aus Berlin hat wiederum 34 „läufige  
Ausländer“, darunter 17 Russen, ausgewiesen worden. Unter  
den „läufigen“ befand sich ein siebenjähriger. Auch  
zwei italienische Drehorgelspieler bedrohten die Sicherheit  
des Reiches so sehr, daß sie ausgewiesen wurden.

### Ausland

Italien. Der Kampf der Eisenbahner. Die  
Erklärungen, die der Minister Ledesca auf die verschiedenen

Interpellationen in der Kammer abgab, hat keine Seite des  
Publikums befreit; das Ministerium hat sich gemessen  
zwischen zwei Stühle gesetzt. Aus der Rede des Ministers  
klang es heraus, daß die Regierung gegen die Obstruktion der  
Eisenbahner eigentlich gar nichts unternehmen kann. Damit  
sind die Schärfmacher der Reaktion aber nicht zufrieden, sie  
wünschen die schärfsten Maßnahmen gegen die Eisenbahner an-  
gewandt. Wie aber dies bewerkstelligen, wenn die Eisenbahner  
gesetzliche Handlungen nicht begeben, nicht einmal treten?  
Auf die Rede des Ministers, welcher die Ratlosigkeit der Re-  
gierung nur schmer verbergen konnte, antwortete der Genosse  
Gobrin, der in wichtigeren Dingen für die Rechte der Eisen-  
bahner eintritt. Er behauptet den Konfliktion das Recht, jetzt  
gegen die Eisenbahner zu wüten, nachdem sie jahrzehntlang  
beim Schwärmen unbeschäftigt gelassen. Die ganze Arbeiter-  
schaft Italiens stehe hinter den Eisenbahner, denn diese em-  
pfehle den Schlag gegen die Eisenbahner als gegen die ganze  
Arbeiterklasse geführt. — Die Obstruktion verheißt nicht ihre  
Wiedung, und sie bedient sich auf das ganze Land aus. Es  
läßt sich nicht leugnen, daß das Erwerbsleben dabei große  
Schädigungen erleidet; Güterzüge verfahren fast gar nicht mehr,  
und auf den Stationen läßt große Mengen von Gütern aller  
Art aufgeteilt. Die Mailänder Spektreure haben in einer  
Verammlung erklärt, daß sie keinerlei Verantwortung für die  
durch die spezialten Daren übernommen. Die aufgestaute und  
belebte Stimmung von Rom verlangen in einem Briefe an das  
Ministerium scharfe Maßnahmen gegen die Obstruktion der  
Eisenbahner. Auf der anderen Seite ist die sozialistische Partei  
und die Arbeiterkommission tätig, um die Eisenbahner in ihrem  
Kampfe zu ermutigen und zu unterstützen.

Die Obstruktion der Eisenbahner geschieht, wie schon berichtet,  
in der Weise, daß die Reglements auf das gewöhnlichste er-  
füllt werden. Gemächlich wird wie folgt vorgegangen: Zehn  
Minuten vor der Ankunft des Zuges werden alle Arbeiter  
innerhalb der Station eingestellt, wie es in der Betriebsor-  
dnung vorgeschrieben ist. Wenn der Zug einfährt, löst sich der  
Stationsoffizier vom Zuführer die Scheine übergeben und ord-  
net das Abladen der Waren an. Alles was, wie es in der  
Vorrichtung steht, mit Karren lesbarer Schrift in das Zug-  
getragen werden. Die der Zug abfährt, unterwirft der Station-  
chef alle Kopplungen der Wagen und löst dann die Kettens-  
Fehler richtig stellen. Zum Schluß er sich eingehend, ob die  
Reizung richtig funktioniert usw. Der Zug, der sonst eine  
Minute Aufenthalt hat, bleibt somit eine Viertelstunde  
und länger in der Station. Da die nachfolgenden Züge vielfach  
vor der Station warten müssen, bis die erste abgefahren ist,  
so wird die Verspätung eine immer größere.

Frankreich. Der frühere Kammerpräsident Brisson teilt  
mit, es sei unrichtig, daß er zusammen mit dem früheren  
Kriegsminister General André in Verbindung mit der Lage  
des Ost-Orient das System der Angelegenheit eingeführt habe. Er  
erklärt, er habe dieses System überhaupt niegeter nicht ge-  
kannt.

Spanien. Iglesias beim Minister. Die wirtschaft-  
liche Krise in Spanien dehnt sich immer weiter aus und wird  
verschärft durch die hohen Zölle, welche die Städte  
als Lebensmittel zu erheben berechtigt sind. Hand in Hand  
damit gehen Nahrungsmittelverfälschungen, namentlich Ver-  
fälscherung und Verfeinerung des Brotes. Der Minister  
Villaverde hat sich kürzlich veranlaßt gesehen, seinen Genossen  
Iglesias zu empfangen, der ihm über die elende Lage der  
untern Volksklassen berichtete. Der Minister versprach, in Zu-  
kunft eine freiere Entlohnung der Arbeiter-Organisation zu-  
lassen und für die Abstellung der Schwerkriegeln und schändlichen  
Verfolgungen derselben durch die Polizei Sorge zu tragen.

Türkei. Nach der Dakb News hat zwischen bulgari-  
schen Revolutionären und türkischen Truppen in der  
Räde von Kulisli ein Kampf stattgefunden. Die Insurgenten  
töteten einen Türken und verwundeten mehrere. Die Türken  
rächten sich dadurch, daß sie das ganze Dorf ausplünderten  
und sämtliche Häuser verbrannten. Die Einwohner wurden  
auf die grausamste Weise massakriert. Bisher wurden 24  
schwerlich verumteltet Leichen gefunden. Im ganzen wurden  
150 Häuser niedergebrannt.

### Der Krieg in Ostasien

Eine recht schwere Niederlage schienen die Russen bei  
Mudan erlitten zu haben. General Jumentich soll 10 000  
Mann verloren haben und europäisch soll sich vor der Um-  
zingelung nur durch einen Rückzug nach der Mongolei retten  
können. Da die Mongolei neutralen Gebiet ist und unter  
chinesischer Oberhoheit steht, müßte die russische Armee bei  
ihrem Weitertritt entziffen werden. Die Japaner schienen  
aber den Russen gegen die letzte Möglichkeit nach Dien be-  
zubrechen bereits geneigter zu haben. Die Japaner rüden  
sich und melde sich den russischen Heeres vor, so daß die  
russischen Flanten bereits überflügelt sind. Die Operationen  
leitete wieder der japanische General Kurah.

Der russische General Rennenkampf hat bei Litzke  
eine empfindliche Niederlage erlitten. Er verlor über 2000  
Mann und mehrere Maschinengewehre.

Die Bahalinsin von Mudan nach Gharbin, der einzige  
Schiensackung, der den Russen nach Norden zu zur Verfügung  
steht, ist nördlich vom russischen Heere durch Aufreihen der  
Schiensackung und Demolierung der Dämme auf viele Kilometer  
unbrauchbar gemacht worden.

Nach im Zentrum am Schach müdet seit Freitag ein  
heftiger Kampf. Aus Noutsungwang wird vom Mittwoch be-  
richtet: Zwei russische Armeekorps erlitten gegenüber den  
Japanern große Verluste. Bedeutende Abteilungen  
Kavallerie verließen, die Russen zu umgehen, es finden fort-  
während Schärfmacher statt. Zwischen Teiling und Rayung  
wurden Eisenbahnbrücke zerstört. Bedeutende Lichungsen-  
bunden lagern in der Nähe, um die Russen an einem ent-  
schiedenem Rückzug zu hindern.

### Deutscher Reichstag.

162. Sitzung. Mittwoch, den 1. März 1906, 1 Uhr.  
Am Bundesratspräsidenten Graf Volodonski.  
Die zweite Beratung des Geses des Reichslands des  
Innern wird fortgesetzt beim Titel „Staatsrecht“.  
Abg. Trimbom (Z.): Der Abg. Bruhn hat gestern neben  
dem Staatsrecht auch meine Partei aus schärfster angegriffen.  
Wenn er sich aber den zu kleinen Gang unterer sozial-  
politischen Angelegenheiten das verlorene Jahr überaus arm ge-  
weten ist. Zu nennen ist eigentlich nur das Budgetverwal-  
tungsplan bei den Kaufmannsgerichten. Gerichtswahl ist auch,  
das mit Ende dieses Jahres die Bestimmungen des Bundes-  
schlichtungsvoll durchgeführt werden. An den Staatsrecht  
richtigen vor die Frage, aus welchem Grunde trotz nurmehr  
effizienter Beizens der Invalideversicherung diese und die

Arbeitsverhältnisse nicht auch auf die Hausindustrie, insbesondere auf die Seidwaren- und Konfektionsindustrie ausgehend wird. Wenn wir einen solchen Automatismus unserer Sozialpolitik nicht die Rede sein kann. Wer davon spricht, will überaus wenig Fortschritt. Um den Unterbau für die sozialpolitische Reform zu bilden, muß in Form der Alters- und Invalidenrente usw. geben, werden wir im Auslande allenfalls beneidet, er bedeutet Überflüssiges und Sonntagsgeld für den ganzen Tag. Bezüglich der deutschen Lage darüber, daß den nachdenklichen Deutschen schmerzhaft die Genugung zur Arbeitsverlängerung erteilt wird. Der Abg. Wächter hat sich zu meinem Bedauern gegen meine Freunde die Einführung des Seidwarengesetzes ausgeprochen. Maximalarbeitszeiten namentlich die Forderung des sanitären Maximalarbeitsgesetzes namentlich die Forderung auf den Hausstellen drängen und die Forderung auf die Bauten des Gemeindeforts zu unterstellen. Wir fordern ferner die Ermächtigung aus, daß in der in Aussicht gestellten Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nicht nur die privatrechtliche Stellung der Berufsvereine, sondern auch die öffentlich-rechtliche Stellung geregelt wird; wir hoffen, daß wir hierin vor einer bitteren Enttäuschung bewahrt werden. Es ist mit noch stärkerem Entschluß zu meinen, daß auch das Streikverbot...

gliche Dämpfe entwickelt werden. Die Vererbung von Malaria bei Malariaerkrankung muß ganz verboten werden, weil immerfort Vererbungen durch die Ehelichen treten, zumal das Blut- und Jindweiss durch Lippophosphor völlig erstickt wird. Die Arbeiter der chemischen Industrie durch Vererbung, dann müßte ihnen Unfallrente zugeordnet werden, wenn die Vererbung in ein Unfall. Die millionenreiche chemische Industrie hat nur sehr wenig Schutz ihrer Arbeiter getan. Der Staat der Metallfabrikanten in Bezug auf die Gesundheitsverhältnisse ihrer Arbeiter ganz ungenügend. Die Arbeiter, die wegen Krankheit ihre Arbeit in den chemischen Fabriken unterbrechen, leiden in sie zurück, sondern, wenn sie überhaupt wieder gesund werden, gehen sie zu anderen Berufen über, während die chemischen Fabriken ihrerseits nur festes Blut nehmen. Die Fabrikanten fordern viel zu tolerant gegen die Fabrikarbeiter. Prof. Levin hat ausgeführt, daß es sich meist um langsame Berufsunfähigkeitsentstehungen handelt, und die Untersuchungen des internationalen Arbeitsamtes in Basel haben dieser Angelegenheit in vollem Maße bezeugt. 1897 halfen die Gemeindefortspezialisten eine Liste außerordentlich gesundheitsgefährdender Betriebe auf. Für 50 Betriebe verlangten sie einen Maximalarbeitszeit, nämlich einen achtstündigen für 21, einen sechsstündigen für 9 Betriebe und die Gesundheitsämter einen fünfstündigen, und bei den Abteilungen der Gesundheitsämter, bis mit Sonderlosgeld, den Arbeitern, einen 1/4-Stündigen. Aber gesehen ist seitdem so gut wie nichts. (Hört, hört bei den Soz.) Nur für die Metallfabrikantenfabriken ist eine sechs- bis achtstündige Arbeitszeit angeordnet, und diese Arbeitszeit ist noch viel zu hoch. In Frankreich sind nur 27, in Belgien nur 17 Betriebe bestimmte sanitäre Vorschriften erlassen worden. (Hört, hört bei den Soz.) Wird jemand durch Vererbung erwerbsunfähig, so erhält er in günstigen Fällen eine Invalidenrente, während jemand, der einen erwerbsunfähig machen, den Unfallfall erleidet, zumal ein Berufstätiger unter Umständen schwerer an seinem ganzen Körper leidet, als einer, der 3. u. ein Bein verliert hat. Es muß auch unbedingt verboten werden, daß Heimarbeiter mit Cellulose arbeiten, und daß die Gesundheitsämter in der chemischen Industrie völlig ungenügend seien. Diese nachgemachten Darlegungen sind nicht wiederholt durch das Loblied, das der Senatsvorsitzende im Reichsversicherungsamt, Prof. Hartmann, auf die Wohlthaten der chemischen Unternehmer lag. Uebrigens verlangen sich die gewählten Summen, die die Berufsvereine für ihre Arbeiter vertriehen, zumal ein Berufsleiter unter Kopf und Tag. (Hört, hört bei den Soz.) Die chemische Industrie verdient Millionen und Abermillionen, während sie ihre Arbeiter in Verächtlichkeit setzt, die von diesen mit Recht als Giftböden bezeichnet werden. Die Hauptschuld trifft nicht die Unternehmer, sondern die Gewerkschaftsbeamten. Denken Sie an den großen Streit von Geneseeville — die Arbeiter nennen diesen Teil Amerikas — in einer jener Fabriken, die mit Wohlfahtsleistungen prunken, Minister- und sogar Prinzenbesuch empfangen. Die Arbeiter wollen keine Wohlthaten, sondern ihre Rechte. Sie fordern uns, ihre Vertreter hier im Reichstag, auf, die Forderung ihrer Klagen vorzutragen. Wenn die Regierung trocken nichts tut, so ist es damit, daß sie die Klagen eines Arbeiterparties ist, die für die Arbeiter nichts übrig hat, als Gewalt- und Polizeimahregeln. (Lebt, Weßall bei den Soz.)

betreiber außerordentliche Gewinne bringen werden, ist es um so mehr an der Zeit, auch den landwirtschaftlichen Arbeitnehmers etwas mehr als früher zu geben. In meinem Privatleben möchte ich die Bräutigamsleistungen der Landarbeiter seit langen Jahren eingetribt und hat sich hochzu bedauern. Auch die Diensthilfen sind damit zurückgefallen, die ländlichen Arbeiter. Wenn man sich im Interesse der Verbesserung der Lage der Diensthilfen an dem Lande zu bemühen, so werden diese auf die Gesetzgebung, und man kann sich die Gesetzgebung wendet, so erklärt diese, sie habe noch kein genügendes Material von den Ortsbehörden bekommen. Es ist die reine Unmöglichkeit. Der Bundesrat hat eine Verfügung auf dem Wege der Verträge erlassen. Die übrigen Landesparlamente sind aber noch nicht gefällig. Aus einer Denkschrift der Berliner Hotelarbeiter geht hervor, daß kein Hotelarbeiter in Deutschland weniger als 14 Stunden zu arbeiten hat. (Hört, hört b. d. Soz.) Die meisten haben 17-18 Stunden Arbeit, viele noch mehr. (Hört, hört.) Bei den weiblichen Diensthilfen heißt es nicht viel besser. Sie alle sind ganz oder größtenteils auf Einzelgehälter angewiesen, ja, manche Erbeben von diesen Einzelgehältern noch Abgaben. Die Bedingungen dieser Einzelgehältern sind oft geradezu schrecklich; leichte Arbeit, Abgaben neben Kofett oder Schmeißel, ständige Verträge usw. Eine Wohnungsverwaltung ist eben bringen notwendig. Die 158 000 deutschen Hotelarbeiter können verlangen, daß etwas für sie geschieht. Man hat den Großen Wolanosty den Lokomotivführer der deutschen Sozialreform genannt. Wenn möchte ich ihm zurufen, daß er den Bundesrat der letzten drei Jahre verfallen und einen Sprößling erziehen möge. (Weßall links.)

Wichtig der Mittelstandsfragen sind meine Freunde ohne Ausnahme darin einig, daß bei den mittleren Klassen des Mittelstandes die Sozialpolitik ebensomöglich verlangen darf, wie gegenüber dem Drängen der Arbeitermassen. Dabei erkennen wir aber an, daß an die Selbsthilfe des Mittelstandes größere Ansprüche gestellt werden müssen als an die der Arbeiterklassen; denn wenn wir nicht zuvor die Arbeiterfrage gehabt hätten. Man sollte sowohl eine Mittelstandspolitik wie auch Arbeiterfragepolitik treiben. Die präzisere Abgrenzung zwischen Arbeiter- und Mittelstandspolitik ist ebenfalls eine Forderung, nicht allein im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Mittelstandes selbst. Die Verhältnisse des Reichshandelsvertrages muß von der Regierung veranlaßt werden, in dem die Verträge der Handelskammern auszusprechen veröffentlicht werden. Die Verleitung des Schmeißelgeheimnisses läßt sich durch gesetzliche Maßnahmen beseitigen.

Abg. Trimbors (Zent.) fortsetzend: Will man den Handwerker- und Kaufmanns-Stände einen vorzüglichen Dienst erweisen, so muß mit der Reform des Seidwarengesetzes begonnen werden. Ich behalte mir vor, diesen Punkt im kommenden Jahre speziell zu behandeln. Die Vorarbeiten der Gewerbevereine haben auch ohne Initiative des Gewerbevereins die Streitigkeiten zu lösen und Zweck vorzugehen. Wenn der Vorarbeiten des Bergereigewerbes ihre Arbeit nicht so vorgegangen wäre, dann wäre der behauerte Streit sicherlich vermieden worden. Bezüglich des Zuteilnehmens der Handelsverträge sprechen wir dem Staatssekretär unsere warmste Anerkennung aus, den ich zugleich als den bewährtesten Sozialpolitikführer der deutschen Sozialpolitik bezeichnen möchte. Ich wünsche, daß nach dem Abschluß der Verhandlungen für im das Jahr 1905 in der Sozialpolitik erfolgreicher sein möge, als das vergangene gewesen ist. (Weßall im Zent.)

Abg. Kröll (Ant.) spricht sich für den Befähigungsnachweis für das Sandwerk aus und regt eine Erhebung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf 60 Jahre an. Abg. Gamp (Hpt.): Die Durchführung der letzten Forderung des Abg. Kröll würde den Bankrott sämtlicher Versicherungsanstalten bedeuten. Wir lehnen die sozialdemokratischen Resolutionen sämtlich ab, nehmen dagegen den Zentrumsvorstellungen auf Erhebungen über das Sanitätswesen und auf Reform des Wohnungsgewerbes, so, ebenso den besten Beschlägen usw. Eine Wohnungsverwaltung ist eben bringen notwendig. Die 158 000 deutschen Hotelarbeiter können verlangen, daß etwas für sie geschieht. Man hat den Großen Wolanosty den Lokomotivführer der deutschen Sozialreform genannt. Wenn möchte ich ihm zurufen, daß er den Bundesrat der letzten drei Jahre verfallen und einen Sprößling erziehen möge. (Weßall links.)

Abg. Sturm (Soz.): Wenn das Zentrum auch nur einen Teil seiner Verprechungen erfüllt, welche es von hier her macht, so würde es keine Stellung gegenüber der Arbeiterklasse wesentlich verweisen. Den Kaufmannsvereinen müssen die Frauen dieselben Rechte erhalten wie die Männer, wenn sie vollwertige Beschäftigten der männlichen Kollegen werden sollen, jetzt aber arbeiten sie unter weit schlechteren Bedingungen. Der australische Minister Wabon war, darin muß ich den Staatssekretär bestätigen, kein Sozialdemokrat. Wenn er die vom Staatssekretär geäußerte Ansicht ausprechen hat, so muß ich darauf hinweisen, daß das australische Arbeiterministerium ein Verlegenheitsministerium war, infolgedessen glaubte Wabon, um eine Mehrheit zu erzielen, ein Bündnis mit dem Liberalismus machen zu sollen, und da hat man die Erfahrung gemacht, die man immer in solchen Fällen erlebt, wenn man mit dem Liberalismus zusammen geht, nach mir in Deutschland ja allerdings nicht erlebt haben. Hier stimmen wir höchstens für den Liberalismus bei Stichwahlen, um es darauf ankommt, um zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Neben dem allgemeinen Normalarbeitszeit verlangen wir einen sanitären Maximalarbeitszeit in Betrieben, wo mit giftigen Substanzen gearbeitet wird, hier muß die Arbeitszeit weit kürzer sein, als in allen anderen Betrieben. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß in chemischen Fabriken, namentlich in Bleiweißfabriken, die Arbeiter öfters alle vierzehn Tage wechseln, weil sie es gesundheitlich nicht länger aushalten. Die Fabrikanten nehmen nur das junge Blut, um es zu verpöhlen, die Arbeiter in der chemischen Industrie, Frauen und Kinder dürfen da überhaupt nicht hinein. Verboten werden müßte die Heimarbeit in der Celluloseindustrie, weil dabei besonders scharfe

Abg. Wessl (Hpt. Sp.) begründet die Resolution seiner Fraktion auf Verweisung der Handelsagenten von der Verpflichtung, einen Handelsagenten zu lösen. Abg. Springer hat die Schattenseiten des Handelsagentens übertrieben, in abgelegenen Gegenden ist der Handelsagent der einzige Vermittler mit der Außenwelt. (Weßall links.)

Abg. Storz (Hpt. Sp.) fragt über die schlechte Ventilation im Reichstag. (Lebt, hört bei den Soz.) Ich weiß nicht, den bairischen Zentrum sozialpolitische Rückständigkeit vor. Warum hat denn die Sozialdemokratie dem Zentrum zu seiner jetzigen dominierenden Stellung im bairischen Landtag verholfen? Ein Verbot des Hausierhandels würde viele kleine Erlangen vernichten. Ich liebe die Warenhäuser nicht, aber man wird gegen sie höchstens auf dem Gebiet des Steuerrechts etwas machen können. In Bezug auf die Sommergelehrte genügt das bestehende Rechtsinstitut. (Weßall links.)

Abg. Latmann (Wirtsch. Berg.) regt an, die Erlaubnis zum Hausierhandel vom Nachweis des Bedürfnisses abhängig zu machen. Die Zentrumsvorstellung geht aber zu weit. Den Kindern der heutigen Hauswirtschaft ihre Staatsangehörigkeit unbedingt erhalten bleiben. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Gerlach (Freih. Vag.) bittet den Staatssekretär um Auskunft über die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die ländlichen Arbeiter und Diensthilfen. Jetzt, wo die neuen Handelsverträge einem Teil der landwirtschaftlichen Ar-

Abg. Kröll (Ant.) spricht sich für den Befähigungsnachweis für das Sandwerk aus und regt eine Erhebung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf 60 Jahre an. Abg. Gamp (Hpt.): Die Durchführung der letzten Forderung des Abg. Kröll würde den Bankrott sämtlicher Versicherungsanstalten bedeuten. Wir lehnen die sozialdemokratischen Resolutionen sämtlich ab, nehmen dagegen den Zentrumsvorstellungen auf Erhebungen über das Sanitätswesen und auf Reform des Wohnungsgewerbes, so, ebenso den besten Beschlägen usw. Eine Wohnungsverwaltung ist eben bringen notwendig. Die 158 000 deutschen Hotelarbeiter können verlangen, daß etwas für sie geschieht. Man hat den Großen Wolanosty den Lokomotivführer der deutschen Sozialreform genannt. Wenn möchte ich ihm zurufen, daß er den Bundesrat der letzten drei Jahre verfallen und einen Sprößling erziehen möge. (Weßall links.)

**Aus dem Reichs.**

Berlin. In dem Strafprozeß gegen den Bankrott Wähl und Genossen wegen Erpressung gegen den Breslauer Landgerichtsdirektor Galle verurteilte die III. Strafkammer des Landgerichts I. Wähl zu 9 1/2 Jahren, den Handlungsgehilfen Galle zu 6 Jahren, dem Bankrott Wähl zu 6 Jahren und dem Schreiber Bruno Wühl zu 4 Jahren Gefängnis, außerdem sämtliche Angeklagten zu je 2 Jahren Gewerkschaft. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Im hiesigen Mittelstandsvertrage 14 wurde gestern früh die dort wohnhafte 23-jährige Frau Clara Böder von ihrem Diensthilfen in der Oberstadt und durch zahlreiche Messerstücke schwer verletzt. Nach Verübung der Tat interniert das Dienstmädchen einen Selbstmordversuch, indem es verurteilt, sich mit demselben Messer, mit dem es das Verbrechen auf Frau Böder verübte, den Hals zu durchschneiden. Es handelt sich um einen Mordfall. Der Zustand der Böder ist sehr bedenklich. — Der Flug von Sankt hat sich recht unglücklich benommen. Er hat den 58 Jahre alten Förstern Friedrich Schulz durch einen Schußfall gefährlich verletzt. Gans wurde auf dem Hofe von seinem Besitzer vorgeführt und sollte in seinen Stall zurückgebracht werden. Als er nun in gelber Stellung auf dem Hofe bedächtig Förstern vorbeifuhr, schlug er aus und traf mit dem rechten Hinterfuß den Förstern in das Gesicht, so daß dieser benennungslos niederfiel. — Warburg. Lovend Studenten brachten gestern mittig dem Rektor der hiesigen Universität, Professor Reichardt, eine Duotion vor wegen seines Eintretens für die „akademische Freiheit“.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.  
Verantwortlicher Redakteur: H. Weßmann in Halle.

**Spezial-Abteilung**  
für  
**Kurzwaren, Besatz- u. Schneiderei-Artikel**

<p><b>Posamenten</b> Borten Trossen Lederbesätze Sammetbänder Seidene Bänder Chiffons Tulle Schleier Rüschen Ballayousen Schutzborten Rookstoss Schutzblätter Tallensbänder Tallensstäbe Gummibänder Wäschebesätze Monogramme.</p>	<p><b>Bunte Besatzborten,</b> neueste aparte Dessins. <b>Eleg. Passementerien.</b> Hervorragende Neuheiten in <b>Besatzknöpfen.</b></p> <p><b>Gürtel,</b> Haarptelle, Versteck- und Sottens- kämme, Hutanzeln. <b>Cavalliers, Schleifen.</b> Jabots, Handschuhe, Strümpfe, Pompadour, Gürtelschlösser, Zieranzeln.</p>	<p>Weiße <b>Stickereien,</b> Schweizer und Plauerer Fabrikate in grossen Sortimenten. Tüll-, Spachtel- und Valencienn- <b>Spitzen,</b> Einsätze und Besätze.</p>
--	--	--

**Stets Eingang von Neuheiten in grosser Auswahl u. besten Fabrikaten**  
**Preise unerreichbar billig!**  
**Brummer & Benjamin.**  
22/23 Gr. Ulrichstrasse 22/23.

<p><b>Hausarbeiterinnen</b> für Hitze und Näher suchen Heilbrunn &amp; Pinner, Geißstr. 22.</p>	<p><b>Altes Kohlengeschäft</b> Wohnung und Bierbedarf 1. April be- ziehbar. Näheres Geißberg 1. Fischer auf Anfertigungsbüch. Wuchererstraße 9, S. 1.</p>	<p><b>Nachlass-Regulierungen,</b> Abholung von Auktions- Versteigerungen übernimmt Paul. Kersnerburger Str.</p>	<p><b>Buzgarbeiterin</b> und Quaderbein ver sofort gesucht. In ertragenen Preisgefahr. 66 im Lichten- heimschen Laden, nach 7 Uhr abends Eingang vom Hofe.</p>	<p><b>Bessere Arbeitsmädchen</b> nicht unter 16 Jahren werden gesucht. Heilbrunn &amp; Pinner, Geißstr. 22.</p>
---	---	---	--	---





